

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 3 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 15 00, Fax 5 19 - 9 15 00
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 18 - 11 00, Fax 5 19 - 9 11 56
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 00 00

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 238 vom 14. 10. 2019

© Rhein-Neckar-Zeitung

Auf dem Weg zur Wohnwende?

Auftaktaktion am Mittwoch

RNZ. Der Wohnungsmangel ist einer der kommunalpolitischen Dauerbrenner in Heidelberg. Er ist daher auch einer der Schwerpunkte der „Aktionswoche gegen Armut und Ausgrenzung“, die gestern in der St. Bonifatiuskirche und auf dem Wilhelmsplatz in der Weststadt eröffnet wurde. Das Heidelberger Bündnis, das die Veranstaltungsreihe initiiert hat, lädt nun alle Interessierten ein, am Mittwoch, 16. Oktober, um 19.30 Uhr im Forum am Park, Poststraße 11, die „Bürgeraktion Wohnwende“ aus der Taufe zu heben.

Im Blick hat das Heidelberger Bündnis dabei vor allem Menschen mit niedrigsten, aber auch unteren und mittleren Einkommen – also alle, die am freien Wohnungsmarkt nichts Erschwingliches mehr finden. „Wenn wir unsere Klientinnen und Klienten wieder fit fürs Leben gemacht haben, müssen sie aus den Wohnheimen und Wohnungen hinaus in die Welt in eine eigene Wohnung, in die Selbstständigkeit mit sozialen Kontakten“, schreiben die Initiatoren der Aktionswoche in ihrem Aufruf. Alle in den letzten fünf Jahren gebauten 3500 Wohnungen seien dafür zu teuer. „Die Wohnungspolitik muss geändert werden“, heißt es weiter.

Das Umdenken soll dadurch erreicht werden, dass unterschiedliche Bürgergruppen in den Stadtteilen und in den Umlandgemeinden permanent Druck auf die Gemeinderäte ausüben. So wird zum Beispiel vorgeschlagen, bei allen Bebauungsplänen mit Wohngebieten vorrangig gemeinwohlorientierte Bauträger zum Zuge kommen zu lassen – also Wohnungsbaugesellschaften, Baugenossenschaften, aber auch Bürgerbaugruppen und Baugenossenschaften. 40 Prozent der Neubauten sollten für geförderte Mietwohnungen, 30 Prozent als Eigentum für mittlere Einkommen reserviert werden. Weiter heißt es: „Das Heidelberger Handlungsprogramm Wohnen soll endlich konkret ausformuliert werden, um die dort behauptete Wohnbauoffensive umzusetzen.“ Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GGH müsse in den nächsten Jahren ihren Bestand um mindestens 4000 Wohnungen erhöhen.